

Klaus Hildebrand

Editionen zum 19. und 20. Jahrhundert.

Deutsche Geschichtsquellen – Akten der Reichskanzlei – Bayerische Ministerratsprotokolle

1. Plan und Praxis (1916–1945)

Die Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften kann als Restbestand eines ursprünglich größer angelegten Plans zur organisatorischen Neugestaltung der Geschichtswissenschaft gelten. Mitten im Ersten Weltkrieg, im Juli 1916, gegen Ende der Schlacht von Verdun und am Beginn der Kämpfe an der Somme, ergriff Moriz Ritter, von 1908 bis 1923 Präsident der Historischen Kommission, die Initiative zu einem ehrgeizigen Unternehmen: „Einer der Gründe meines Vorschlags“, so leitete er seine Bemerkungen zu dem Vorhaben eines „Quellenwerks zur Geschichte der Gründung und Befestigung des Deutschen Reiches“ ein, „lag in der Ansicht, daß die Historische Kommission, wenn sie als eine wissenschaftliche Gesellschaft ersten Ranges fortbestehen soll, eines festen Mittelpunktes vielgestaltiger Tätigkeit bedarf“.¹

Einen solchen Mittelpunkt, ein zweites Zentrum ihrer Existenz neben der Edition der Reichstagsakten sozusagen, sollte die Institution in einem neuen Großunternehmen finden, das sich bevorzugt auf die Geschichte des 19. Jahrhunderts konzentrieren würde. Dieses spezielle Anliegen wiederum ging mit der allgemeinen Absicht einher, dem im Ersten Weltkrieg buchstäblich um seine Existenz ringenden Kaiserreich durch die Herausgabe und das Verfassen historischer Schriften ein geschichtliches Fundament zu verleihen, also dem 1871 gegründeten (klein-)deutschen Nationalstaat historische Legitimität zu wachsen zu lassen.

Wie so oft im Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik mischten sich mithin auch in diesem Fall Begründungen und Entwicklungen: Das gefährdete Dasein des noch jungen Bismarckstaates sollte durch historische Publikationen gestärkt werden; dabei galt dem Verfasser der Denkschrift vom 28. Juli 1916 geradezu als „Voraussetzung des ganzen Unternehmens [...] natürlich ein unsere Nation mit erhöhtem Selbstgefühl erfüllender Ausgang des gegenwärtigen

gen Kriegen“.² Damit aufs engste verbunden, zielte der kühne Entwurf gleichzeitig darauf ab, der einst von Leopold Ranke als „Akademie der deutschen Geschichtswissenschaft“ konstituierten Münchener Kommission die zentrale Stellung im Rahmen der neuzeitlichen Geschichtswissenschaft in Deutschland zu sichern.

Diese galt es, der Position der *Monumenta Germaniae Historica* im Zusammenhang der mittelalterlichen Historiographie vergleichbar, vor konkurrierenden Herausforderungen zu bewahren, die sich in den letzten Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs bemerkbar gemacht hatten. 1917 hatten sie schließlich zur Begründung des „Instituts für Deutsche Geschichte“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geführt und nahmen auch zukünftig, beispielsweise in der 1928 konstituierten „Historischen Reichskommission“, der freilich nur begrenzte Zeit und ebenso begrenzter Erfolg beschieden war, immer wieder Gestalt an. Der politische Anlaß, die nationalstaatliche Existenz, erforderte und förderte historische Forschung, die den bedrohten Bestand des Reiches mit ihren wissenschaftlichen Erträgen stabilisieren sollte. Eben diese Erträge aber lösten sich mehr und mehr vom ursprünglichen Zweck ab, erweiterten diesen im Wandel der Zeiten weit über den etatistischen Zusammenhang hinaus auf das gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Terrain, blieben gerade dadurch in Verbindung mit den allgemeinen Verhältnissen und bewahrten deren Einflüssen gegenüber doch jene Autonomie, die für wissenschaftliche Tätigkeit nun einmal lebenswichtig ist.

Moriz Ritters ursprünglicher Entwurf bezog sich, im Kern der Dinge jedenfalls, auf die unmittelbare Vorgeschichte und Geschichte der Bismarckzeit zwischen 1866 und 1888/90. Im Zusammenhang mit den darüber einsetzenden Beratungen wurde er jedoch, beinahe umgehend, durch einen darüber großzügig hinausgehenden Plan Friedrich Meineckes in umfassender Art und Weise ausgebaut: „Die Acta Germanica – so möchte ich unser Unternehmen am liebsten genannt sehen –“, schrieb dieser unter dem Datum des 16. September 1916, sollten sich ausdehnen „auf den ganzen Zeitraum der modernen deutschen National- und Einheitsbewegung, also etwa auf das Jahrhundert von 1795–1888 (1890), wobei ein Hinübergreifen über diese Jahresgrenzen, wenn der einzelne Fall dazu drängt, nicht ausgeschlossen sein darf“.³ Und seit der Zusammenkunft eines von der Historischen Kommission eingesetzten „Unterausschusses“ im Oktober 1916 führte das gesamte Vorhaben den ebenfalls von Friedrich Meinecke vorgeschlagenen Titel „Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“,⁴ und dieser Name „ist auch dem Restplan verblieben, der mit einer Hinzunahme des 20. Jahrhunderts bis heute existiert“.⁵

Der damals vorgelegten Disposition für die neue Großorganisation historischer Wissenschaft zufolge, die Meinecke selbst als ein „an sich fast unermessliche[r] Plan“⁶ erschien, wurde ein gewaltiges Volumen an Quellenmaterial für die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung vorgesehen. Diese sollte sich in vier Abteilungen vollziehen: Zum einen ging es dabei vor allem um die äußere Politik des 18./19. Jahrhunderts, also um „Akten und Aktenverarbeitung“; zum



Abb. 34: Erich Marcks (1861–1938), 1917–1922 Leiter der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“.

zweiten, was vornehmlich die Innenpolitik betraf, um „Parlamentsverhandlungen und politische Tagungen“; zum dritten um das, was als „corpus epistolarum et memorabilium“ benannt wurde, also um „Denkwürdigkeiten und Briefwechsel bedeutender Persönlichkeiten“, nicht zuletzt um die Auswertung entsprechender „Privatnachsätze“, denn gerade auf diesem Feld, davon zeigte sich Meinecke überzeugt, „ist [...] durch systematisches Suchen [noch] sehr viel zu gewinnen“;⁷ und schließlich sollte es viertens um „Regesten und Repertorien“ gehen.

Angesichts der riesigen Dimension des Gesamten war bereits vor dem Ende des Kaiserreichs und der in der Inflation einsetzenden Finanzknappheit deutlich geworden, daß eine Teilung der ins Auge genommenen Arbeiten geboten war. Insofern wurde von vornherein an ein Zusammenwirken der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der preußischen Archivverwaltung, der Berliner Akademie der Wissenschaften, dem Berliner Historischen Institut und den maßgeblichen landesgeschichtlichen Einrichtungen gedacht, vor allem mit den Historischen Kommissionen Württembergs und Sachsens, Badens und Hessens, Oldenburgs und Thüringens, aber auch mit der Wiener Akademie der Wissenschaften bzw. der „Kommission für Neuere Geschichte Österreichs“ sowie mit etablierten regionalen Organisationen wie der „Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde“ beispielsweise. „Die äußere Leitung“ des geplanten Großunternehmens, darauf einigten sich die „Vertreter der Akademie, der Königlich Preussischen Archivverwaltung, des Historischen Institutes zu Berlin und der Münchener Historischen Kommission“ am 30. Juni und 1. Juli 1917 in Berlin, „wurde dem Sekretär der einladenden Historischen Kommission, Marcks, übertragen“.⁸ Und was die Zuordnung der Untersuchungsgegenstände anging, so sollte sich die Münchener Kommission insbesondere der dritten und vierten Abteilung des Großprojekts annehmen, sich also nicht zuletzt auf die Edition aus den Nachlässen „bedeutender Persönlichkeiten“, auf deren „Denkwürdigkeiten und Briefwechsel“⁹ konzentrieren.

Während aus den ehrgeizigen Plänen für die anderen Abteilungen, die sich mit der offiziellen Überlieferung der Geschichte der inneren und äußeren Politik des 18./19. Jahrhunderts befassen sollten und in erster Linie der Bearbei-

tung durch andere Institutionen zugeordnet waren, bei weitem nicht das geworden ist, was den Gründern vorgeschwebt hatte, ging aus jener der Historischen Kommission in München zugeteilten Aufgabe einer Beschäftigung mit den Nachlässen hervor, was im Rahmen der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ bis dato in regelmäßig erscheinenden Publikationen vorgelegt wird: In dieser Hinsicht ist also die dafür maßgebliche Idee als ein Bestandteil des ursprünglichen Großplans aufgenommen, fortgeführt und weiterentwickelt worden, nämlich Editionen aus dem unveröffentlichten Schriftgut historischer Persönlichkeiten zu unterbreiten: „Ihre eigene Arbeit“, heißt es in diesem Sinne schon im „Bericht über die 58. Vollversammlung der Historischen Kommission“ vom 8. Mai 1918, „wird vorerst wesentlich auf die Herausgabe von Nachlässen ausgehen“.¹⁰

Diese Abteilung der Historischen Kommission ist also zum einen als der Rest eines großen Ganzen anzusehen, das insgesamt nicht zustande gekommen ist. Und sie ist andererseits doch, was die zu Beginn einmal vorgenommene Aufteilung der einzelnen Zuständigkeiten zwischen den für die Zusammenarbeit vorgesehenen Forschungseinrichtungen angeht, die Institutionalisierung der zentralen Aufgabe, welche der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von vornherein bevorzugt übertragen worden ist.

Mehr noch: Bereits zu Anfang der letztlich aufs Ganze gescheiterten Großplanung waren sich die Beteiligten durchaus darüber im klaren, wo die unübersehbaren Schwierigkeiten in bezug auf die Realisierung ihres ehrgeizigen Vorhabens lagen und was demgegenüber eher als machbar gelten durfte. Der Bestand an neuzeitlichen Quellen, der in den Blick genommen wurde, war ja nicht nur mengenmäßig erdrückend, sondern würde auch, zumindest auf absehbar lange Zeit, der Öffentlichkeit einfach nicht zugänglich sein. Planmäßigkeit oder gar Vollständigkeit editorischer Arbeit waren auf diesem Feld also nur schwer, ja wohl kaum zu erreichen, so daß eine gewisse Zufälligkeit in der Auswahl der Gegenstände von Beginn an durch den Zwang der Sachlage geboten war: Mithin hat dieses gleichsam von außen diktierte Erfordernis die Tätigkeit der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ von ihren Anfängen an geprägt.

Ihre wissenschaftliche Arbeit vermochte sich daher bis heute nicht im Sinne der großen Fondseditionen in streng chronologischer Reihenfolge zu vollziehen, die mit einer gewissen Systematik Band auf Band folgen läßt. Vielmehr ist sie, um ihrem Auftrag entsprechen zu können, zur Auswahl angehalten: In diesem Sinne wurden zum einen – nicht zuletzt durch die sich bietende Gelegenheit verfügbare – Quellen, die, weil sie würdig sind, gesichert zu werden, für die Wissenschaft editorisch bereitgestellt; und es wurden andererseits, je nach Bedarf der sich wandelnden Forschungslage, einschlägige Akzente gesetzt, um durch spezifische Verbreiterung und Ergänzung der Materialbasis den historiographischen Fortschritt zu befördern.

Denn auch für diese Abteilung der Historischen Kommission gilt die Tatsache, wonach es keine geregelte Reihenfolge von editorischer und monographischer Forschung geben kann: Zum einen vermag, führt man sich allein die enge Verbindung zwischen dem edierten Material und den großen Biographien, beispielsweise über Friedrich den Großen oder Otto von Bismarck, vor Augen, eine grundlegende Edition die geschichtswissenschaftliche Darstellung durchaus nach sich zu ziehen, zu ermöglichen und zu befördern; und zum anderen läßt sich, seit den Tagen Leopold Rankes, dessen Geschichte der Reformation zur Edition der Reichstagsakten angeregt hatte, das genau Umgekehrte beobachten, demzufolge eine Aufsehen erregende Monographie die Aktenarbeit, im Falle dieser Abteilung die Edition einschlägiger Papiere und Briefe aus den Nachlässen, anzuregen imstande ist.

Immerhin: Das von Friedrich Meinecke bereits am Anfang der Planung geforderte „systematische Suchen“¹¹ nach einschlägigen Nachlässen vermochte bis heute noch nicht in angemessener Art und Weise realisiert zu werden. Das hängt zum einen mit den die Historische Kommission seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer wieder plagenden Finanzmängeln zusammen. In diesem Sinne stellt schon das Protokoll der 63. Vollversammlung vom Oktober 1925 gerade im Hinblick auf die „Deutschen Geschichtsquellen“ fest: „Neue Beschlüsse konnten in der letzten Zeit aus Mangel an Mitteln nicht gefaßt werden. Die Abteilung kann erst stärker in Bewegung gesetzt werden, wenn jetzt neue Mittel für sie flüssig gemacht werden können“.¹²

Dieses Defizit ist aber zum anderen auch auf den unübersehbar unklaren, ja in der Anlage hypertrophen Auftrag der neu begründeten Abteilung zurückzuführen, die sich mit ihrer überdimensionierten Aufgabenstellung im Grunde von Anfang an übernommen hat. Daß die „Deutschen Geschichtsquellen“, bis zu einem gewissen Maße jedenfalls, zwangsläufig eine „Abteilung der Verzichte“¹³ geworden sind, hat also nicht allein mit personellen Unzulänglichkeiten zu tun, die aufs Ganze gar nicht zu übersehen sind; liegt nicht nur am Problem des fehlenden Geldes, das freilich insgesamt so unverkennbar nachteilig gewirkt hat; ist zumindest nicht vorwiegend auf jene Eigenheiten des Föderalismus zurückzuführen, die ein Zusammenwirken mit den landes- und regionalgeschichtlichen Einrichtungen unter der Ägide der Münchener Kommission hier und da tatsächlich erschwert haben. Vielmehr war es der große Plan selbst, der im Kern der Dinge von Beginn an, neben anderen Elementen bleibender, ja zunehmender Behinderung, gegen die sich etablierende Praxis der modernen Wissenschaft überhaupt gerichtet war: Die mächtig voranschreitende Differenzierung der in der neuen Abteilung eher künstlich zusammengefaßten Untersuchungsgegenstände verlangte, mit voranschreitender Zeit in wachsendem Maße, auch nach organisatorischer Berücksichtigung und institutioneller Eigenständigkeit. Ja, irgendwie stand das gigantische Vorhaben von vornherein gegen den Geist der wissenschaftlichen Entwicklung, die mehr und mehr ihren Tribut forderte. Das war nicht gleich von Anfang an sichtbar,

wurde allerdings im Verlauf des zurückliegenden Jahrhunderts, vor allem in seiner zweiten Hälfte, immer deutlicher und trat mehr und mehr zutage.

Erst einmal gaben die Erträge der neuen Abteilung, die vor allem in den zwanziger Jahren rasch, ja zügig voranschritten und deren frühe Anstöße sich auch noch in den Publikationen der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts eindrucksvoll zeigten, viel vom ursprünglichen Anspruch des geschichtswissenschaftlichen Großunternehmens zu erkennen, nämlich eine umfassende Quellenbasis für die Erforschung des 18./19. Jahrhunderts zu legen. Bereits der erste Band, der 1919 von Joseph Hansen unterbreitet wurde und sich aus dem Zusammenwirken mit der „Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde“ ergab, die „Rheinischen Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830–1850“, der den Zeitraum bis 1845 umfaßt und 1942 mit einem zweiten, bis in den April 1848 reichenden Band fortgesetzt wurde, kann in methodischer Hinsicht als ein Auftakt zur deutschen Parteienforschung angesehen werden. Ebendies gilt für die bereits im Jahr 1919 von Paul Wentzcke der neuen Abteilung unterbreiteten „Vorschläge und Arbeitsplan zur Bearbeitung von ‚Grundlagen der deutschen Parteigeschichte‘“,¹⁴ die im Rahmen der neuen Abteilung allerdings nicht zum Zuge kommen sollten, sowie für die im Jahr darauf von Paul Wentzcke und Julius Heyderhoff vorgelegte „Denkschrift über eine Sammlung politischer Briefe liberaler Politiker im Zeitalter Bismarcks“:¹⁵ Bereits in den Jahren 1925 und 1926 fanden die darin entwickelten Ideen stattlichen Niederschlag in zwei Veröffentlichungen, die mit den Überschriften „Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859–1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer“ und „Im Neuen Reich 1871–1890. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer“ unter dem gemeinsamen Titel „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung“ als Publikationen der Abteilung erschienen sind.

Was nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter dem Eindruck einer sich intensivierenden Differenzierung der Geschichtswissenschaft zur institutionalisierten Aufgabe der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ geworden ist, findet hier einen frühen Bezug, der sich später organisatorisch verselbständigt und vielfältig entwickelt hat, damit auf jeden Fall aber den weitgesteckten Radius der Aufgaben verließ, welche die Historische Kommission sich ursprünglich einmal gestellt hatte.

Ebendies gilt in vergleichbarer Hinsicht beispielsweise für Hermann Onckens große Dokumentation über „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III.“, die in drei umfangreichen Bänden den Zeitraum von 1863 bis 1870 und den „Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten“ rekonstruiert und den Veröffentlichungen der Abteilung eingegliedert wurde: Damit wird zumindest auf jene großen Akteneditionen zur Geschichte der preußischen und deutschen Außenpolitik verwiesen, die ursprünglich einmal von der Historischen Kommission besorgt werden sollten und die, denkt man nur an „Die Große Politik

der europäischen Kabinette 1871–1914“, an die „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945“ oder an die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, durch andere Trägerschaften ihre Herausgabe gefunden haben. Und das ehrgeizige Streben nach mehr als nur einer Edition von Nachlässen zeigt sich auch noch in Heinrich von Srbiks fünfbandigen „Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859 bis 1866“, „dem Gegenstück zu der von der Historischen Reichskommission herausgegebenen und unvollendet gebliebenen ‚Auswärtigen Politik Preußens‘“.¹⁶

Gleichzeitig schälte sich aber schon sehr früh, überblickt man die zwischen 1919 und 1942 erschienenen Veröffentlichungen der Abteilung, insgesamt 37 Bände an der Zahl, sozusagen als Kern ihrer Arbeit das heraus, was den „Deutschen Geschichtsquellen“ im Prinzip seit ihrer Begründung als zentrale Aufgabe zugeordnet war, sich nämlich der Edition von Briefen, Tagebüchern und Erinnerungen bedeutender Staatsmänner und Diplomaten, Militärs und Gelehrter zuzuwenden. Ohne in diesem Zusammenhang vollständig über die während des Zeitraums bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs erzielten Ergebnisse der Arbeit berichten zu können, erschienen, beispielsweise als Frucht einer Zusammenarbeit mit der Hessischen Historischen Kommission und von Wilhelm Schüssler herausgegeben, bereits im Jahr 1920 „Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860–1871“, jenes hessischen Ministers, der zu den zahlreichen Gegenspielern Bismarcks zählte und ihm schließlich doch, wie so viele andere auch, unterlag; ferner, nur ein Jahr darauf, gleichfalls im Zusammenwirken mit der Hessischen Historischen Kommission und von Heinrich Ulmann besorgt, die „Denkwürdigkeiten aus dem Dienstleben“ des Freiherrn Karl Wilhelm Heinrich du Bos du Thil aus den Jahren 1803 bis 1848, der als hessen-darmstädtischer Minister ein entschiedener Gegner der liberalen Bewegung war und als Fachmann der Verwaltung gleichwohl Bedeutendes geleistet hat; sodann als Ergebnis einer Kooperation mit der Badischen Historischen Kommission der Briefwechsel, die Denkschriften und die Tagebücher des Großherzogs Friedrich I. von Baden, dessen maßgebliche Rolle für den Prozeß der Reichsgründung in den beiden, von Hermann Oncken 1927 vorgelegten und den Zeitraum von 1854 bis 1871 umfassenden Bänden zutage tritt; und schließlich auch jene „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“ von Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Karl Alexander von Müller im Jahr 1931 unterbreitet hat.

Damit sind, wie angedeutet, nur einige Publikationen aus dem Zusammenhang der einschlägigen Erträge der Abteilung benannt, die aus einer großen Anzahl in Erwägung gezogener Projekte schließlich realisiert wurden. In diesem Sinne über das Verhältnis von verwirklichten und nicht verwirklichten Vorhaben zu sprechen, verweist im übrigen nicht allein, ja nicht einmal vornehmlich, auf jene menschlichen Unzulänglichkeiten, welche die Ausführung so mancher Idee, ja auch mancher durchaus schon vorangebrachter Planung behindert und schließlich verhindert haben. Gewiß ist die Tatsache zu beklagen, daß aus dem seit den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer wieder

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN DURCH DIE HISTORISCHE KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

BAND 4

FERDINAND LASSALLE
NACHGELASSENE BRIEFE UND SCHRIFTEN

HERAUSGEGEBEN VON
GUSTAV MAYER

ERSTER BAND

BUCHHÄNDLERISCHE ZENTRALSTELLE DER
DEUTSCHEN GESCHICHTSQUELLEN DES 19. JAHRHUNDERTS
S. HIRZEL IN LEIPZIG

Abb. 35: 1921 erschien in den „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“ der erste Band der „Nachgelassenen Briefe und Schriften“ von Ferdinand Lassalle. Seit 2007 ist die sechsbändige Ausgabe auch auf der Homepage der Kommission zugänglich.

erörterten Plan, im Rahmen der Abteilung das Werk und den Nachlaß Leopold Rankes, des Gründers der Historischen Kommission, zu edieren, bis auf vier Bände von ganz unterschiedlicher Provenienz und Qualität lange nichts geworden ist: Erst in unseren Tagen sind Ulrich Muhlack und Oliver Ramonat tatkräftig an diese Aufgabe gegangen, nämlich auf einer finanziell langfristig gesicherten Grundlage das Briefwerk des Altmeisters herauszugeben.

Als charakteristisch für die Entwicklung der im Grunde von Beginn an gestaltlos wirkenden Abteilung tritt gerade in diesem Zusammenhang erneut zutage, was sich im Verlauf der Geschichte ihrer Tätigkeit ein um das andere Mal beobachten läßt: Es hat – wie die Ranke-Edition – immer wieder Unternehmen gegeben, die aus dem Schoß der Abteilung erwachsen und sodann aufgrund ihrer Dimension sowie Bedeutung die Begründung einer eigenen Abteilung erforderlich gemacht haben. Wir werden einen ähnlichen Vorgang, eine vergleichbare Metamorphose der Entfaltung, am Beginn der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts kennenlernen, als die Emanzipation der Edition der „Akten der Reichskanzlei“ von den „Deutschen Geschichtsquellen“ für deren spezifische Entwicklung und für jene der Kommission insgesamt eine markante Zäsur beschrieben hat.

Über solche Feststellungen einschränkender Art ist aber die grundsätzliche Tatsache gar nicht zu verkennen, daß es, aller langjährigen Erfahrung nach, immer mancher Idee, vieler Anläufe und zahlreicher Probebohrungen bedarf, um voranzuschreiten, fündig zu werden und am Ende zur Publikation zu gelangen. Was nun die Arbeit der Abteilung in den Jahrzehnten zwischen den Weltkriegen angeht, so seien im Hinblick auf Editionen aus den Unterlagen von Diplomaten an dieser Stelle nur die „Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz“ erwähnt, die Hajo Holborn – der Jahre später in die Emigration ging – der Forschung 1925 in zwei Bänden für die Jahre von 1839 bis 1877 und von 1878 bis 1890 zugänglich gemacht hat. Und für die Beschäftigung mit den Nachlässen führender Militärs seien in diesem Rahmen beispielsweise die „Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee“ genannt, die Heinrich Otto Meisner Anfang der zwanziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts in drei Bänden vorgelegt hat und deren Edition inzwischen arg korrekturbedürftig erscheint.

Was schließlich die von Beginn an zum Aufgabenkanon der Abteilung zählenden Editionen von Gelehrtennachlässen betrifft, so ist nicht zuletzt auf den von Rudolf Hübner 1929 unterbreiteten zweibändigen Briefwechsel von Johann Gustav Droysen zu verweisen. Zudem spiegeln die sechs Bände aus den „Nachgelassenen Briefen und Schriften“ von Ferdinand Lassalle Leben und Wirken eines sozialistischen Denkers, Theoretikers und Politikers im 19. Jahrhundert, der für die Geschichte der Sozialdemokratie maßgeblich war: Besorgt wurde die Herausgabe seiner Papiere von Gustav Mayer, der bei der historischen Zunft zeitlebens kaum Akzeptanz fand und der uns, weil er die Histo-

rische Kommission gleichwohl bis heute begleitet, später noch einmal begegnen wird.

Überblickt man die Entwicklung der Abteilung in den Jahrzehnten vom Ende des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs insgesamt, dann ist die richtungweisende Tatsache gar nicht zu verkennen, daß auch unter den Erich Marcks als Abteilungsleiter nachfolgenden Hermann Oncken und Karl Alexander von Müller, die allesamt gleichzeitig als Sekretäre der Historischen Kommission tätig waren, die Konzentration auf eine Beschäftigung mit den Nachlässen deutlich hervortritt, ohne daß der alles in allem wohl doch allzu weit gefaßte Anspruch des ursprünglichen Plans in dieser Zeit bereits zur Disposition gestanden hätte. Im Gegenteil: Immer wieder wurde er beschworen und aufs neue zu verfolgen versucht. Das hat die Historische Kommission im Grunde daran gehindert, dem ihr von Anfang an zentral zugeordneten Auftrag, sich nämlich um Erfassung und Edition von Nachlässen zu kümmern, in stärker systematischer Form nachzukommen.

Allein, der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit gravitierte durchaus in diese Richtung, und das wurde auch in der gelehrten Öffentlichkeit so wahrgenommen: Die 1928 begründete „Historische Reichskommission“ beispielsweise, in bezug auf die verwandten Aufgabengebiete zweifellos eine Konkurrenz zur Münchener Einrichtung, zumal es eine starke personelle Identität zwischen beiden Institutionen gab, verzichtete im Sinne einer Anregung von Friedrich Meinecke ganz bewußt „auf die Erschließung von Einzelnachlässen zugunsten der Münchner Kommission“. Ja, im Rückblick auf diese seinerzeit vorgenommene „friedliche Grenzvereinbarung“ zwischen der Reichskommission einerseits sowie dem Reichsarchiv, den Preußischen Staatsarchiven, dem Auswärtigen Amt und der Historischen Kommission betonte deren Ehrenpräsident Walter Goetz in einer Betrachtung vom Jahr 1953 die Konzentration, ja den Rückzug der Münchener auf das für die damit befaßte Abteilung sowieso bereits spezifische Untersuchungsfeld: „Das Ergebnis war, daß dem Reichsarchiv die Erforschung der militärischen, technischen und kriegswirtschaftlichen Verhältnisse des ersten Weltkrieges zugesprochen wurde, den Preußischen Staatsarchiven die Behandlung spezifisch preußischer Fragen wie der Polenpolitik oder der Reform des preußischen Wahlrechtes. Dem Auswärtigen Amt wurde die Behandlung diplomatischer Vorgänge überlassen und die Münchener Historische Kommission war bereit, sich in den ‚Geschichtsquellen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts‘ wie schon bisher auf die Herausgabe der Nachlässe wichtiger Persönlichkeiten zu beschränken“.¹⁷

Mehr noch: Die Tatsache, daß beide Kommissionen, die in Berlin und die in München, 1928 übereinkamen, in Gestalt des „Historisch-Politischen Archivs zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ ein gemeinsames „zwanglos erscheinendes Organ für die Publikation kleinerer Privatnachlässe oder einzelner Nachlaßstücke“¹⁸ herauszugeben, das vom damaligen Staatsarchivrat Ludwig Dehio betreut werden sollte, verweist, wenn die Neugründung durch die „Ungunst der Zeiten“¹⁹ auch nur zwei Veröffentlichungen

erlebte, doch auf die Bedeutung, welche der Erschließung von Nachlässen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs beigemessen wurde: Schon im Jahr 1922 hatte eben dieser Ludwig Dehio einen Beschluß des deutschen Archivtages herbeigeführt, „der zur Sammlung dieser schriftlichen politischen ‚Nachlässe‘ aufrief und die Veröffentlichung von Listen solcher Persönlichkeiten empfahl, deren Papiere bereits in die Obhut der großen Staatsarchive übergegangen waren“.²⁰

Indes, nach wie vor überlagerte der große Plan aus den letzten Jahren des Weltkriegs, die Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ zu einem parallelen Unternehmen zu machen, das für die Geschichte des 19. Jahrhunderts das werden sollte, was die Monumenta Germaniae Historica für das Mittelalter darstellen, ein um das andere Mal die alltägliche Praxis: Diese war nicht zuletzt im Sinne der ursprünglichen Aufgabenteilung des Gesamten, was die Historische Kommission angeht, darauf angelegt, sich im Rahmen der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“ bevorzugt auf eine Beschäftigung mit den Nachlässen zu konzentrieren.

2. Aufbruch und Normalität (1945–1961)

Nach der Zäsur des Jahres 1945 wurden, vom Aufbruch der neuen Zeit gefordert und gefördert, für die Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ weitreichende Ziele ins Auge gefaßt. Wiederum war es ihre schon in der Wurzel gesplattene Existenz zwischen Plan und Praxis, die nachgerade dazu einlud, die wissenschaftliche Tätigkeit „nicht nur im bisherigen Sinne“ fortzusetzen, wie eine „Niederschrift über die Sitzung der Historischen Kommission“ vom 28. September 1946 forderte, sondern ihre Aufgaben „auf alles quellenmäßige Material des 19. Jahrhunderts“²¹ zu erweitern. Eine Beschäftigung mit den „Gesandtschaftsberichten aus der Zeit des deutschen Bundes“, über die bereits während der Jahre des Zweiten Weltkriegs beraten worden war, wurde in dieser Perspektive als lohnendes Beispiel für den erforderlichen Ausbau der Abteilung angeführt – ein Vorhaben, das erst sehr viel später und in anderem, größeren Rahmen, nämlich die Geschichte des Deutschen Bundes insgesamt zu erforschen, systematisch und ertragreich verfolgt worden ist. Und wie es für die inzwischen neun Jahrzehnte währende Geschichte der „Deutschen Geschichtsquellen“ in so manchem typisch ist, wurde auch dieses Forschungsprojekt, von ihr ursprünglich einmal angestoßen und sodann von den Erforderlichkeiten der Entwicklung bedingt, in eine eigenständige Abteilung überführt. Allein, ungeachtet des geforderten Aufbruchs zu neuen Untersuchungsgegenständen, also zu einer gewissen Rückbesinnung auf den großen Plan aus den Jahren 1916 bis 1918, wurden die Mitglieder der Historischen Kommission, wie das Protokoll festhält, nach wie vor darum ersucht, „sich an der Feststellung wichtiger Nachlässe zu beteiligen“.²²

Diese Aufgabe hatte Bestand: Ja, sie wurde auch auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts erweitert, als im Jahr darauf Rudolf Stadelmann und Fritz Hartung mit der Leitung der nunmehr neu benannten Abteilung betraut wurden, die von jetzt an den Namen „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“²³ trug. Eine breite Palette der politik-, wirtschafts- und sozialhistorischen Erforschung der beiden letzten Jahrhunderte, vornehmlich aber des 20. Jahrhunderts, wurde dabei ins Auge genommen: Ganz im Vordergrund des Interesses stand in diesem Zusammenhang, wie hätte es anders sein können, die Frage nach der Entstehung der deutschen Diktatur. Angesichts der Fülle der damit verbundenen Aufgaben wurde die Abteilung geteilt: Rudolf Stadelmann erhielt die Zuständigkeit für das 19. Jahrhundert, vor allem für die „soziale Entwicklung“ der Verhältnisse, und Fritz Hartung diejenige für das 20. Jahrhundert „mit Weimarer Zeit und Vorgeschichte des Nationalsozialismus“.²⁴

Aus den „große[n] Verpflichtungen“²⁵ die der neue Präsident der Kommission, Walter Goetz, damit verband, wurde freilich, sieht man von der voranschreitenden Beschäftigung mit einschlägigen Nachlässen ab, bei weitem nicht das, was ihren Initiatoren damals vorschwebte. Das hatte zum einen mit dem „finanziellen Elend“ zu tun, das auch nach 1945 von Beginn an „lähmend“²⁶ wirkte. Das hing zum anderen damit zusammen, daß der dynamische Stadelmann schon bald verstarb und Hartung die Leitung der Abteilung rasch wieder abgab. Und das ist in entscheidendem, ja wesentlichem Maße darauf zurückzuführen, daß die Entwicklung der Geschichtswissenschaft einfach andere Wege ging: Der Umfang der Aufgaben verlangte geradezu nach differenzierender Behandlung und spezieller Organisation, die sich, was beispielsweise die Geschichte des Nationalsozialismus angeht, in der Begründung des nachmaligen „Instituts für Zeitgeschichte“ niederschlug, und die, was die Entwicklung des Parlamentarismus betrifft, zu der bereits erwähnten Einrichtung der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ führte. Die Historische Kommission ihrerseits wurde von dieser Entwicklung gleichsam überholt – das war, bis zu einem gewissen Grade, auch durch persönliche Verhältnisse bedingt, das hatte aber, wohl ausschlaggebend, eher mit überpersönlichen Gründen des wissenschaftlichen Fortschritts zu tun, der eine neue Normalität seiner institutionalisierten Existenz suchte und fand.

Es war also auch, aber nicht allein und vornehmlich, einer „Aktionsschwäche der Hi[storischen] Ko[mmission]“²⁷ zuzuschreiben, daß von dem zwischen 1916 und 1918 und sodann erneut zwischen 1945 und 1947 „geplanten großen Strom nur das kleine Rinnsal unserer Serie D[eu]t[sche] Geschichtsquellen des 19. (und 20.) Jahrhunderts“²⁸ übrigblieb, wie der im Jahre 1949 neu bestellte Abteilungsleiter, der Kölner Historiker Peter Rassow, das Ergebnis einer seit dem Ende des Ersten Weltkriegs sichtbaren Entwicklung im Januar 1958 umschrieb: Von Beginn an war die der Abteilung zuge dachte Aufgabe, die in eher vage umrissenen als überschaubar markierten Linien gezeichnet wurde, viel zu

groß – und eben diese Tatsache wirkte in vielerlei Hinsicht ausgesprochen blockierend und hemmend.

So versiegten beispielsweise die immer wieder vorgetragenen Forderungen Gerhard Ritters, sich der Aktenpublikationen zur inneren und äußeren Politik der Ära Bismarck oder der Weimarer Republik anzunehmen. Und als schließlich die große Aktenpublikation der Kabinette aus den Jahren zwischen 1919 und 1932 ins Blickfeld rückte und von Karl Dietrich Erdmann vorangebracht wurde, da wuchs sie, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, von vornherein aus der Abteilung heraus.

Nicht zustande kamen auch die gleichfalls von Gerhard Ritter in Abständen immer wieder entworfenen Pläne, sich eingehend, editorisch und monographisch gleichermaßen, mit der Geschichte des Ersten Weltkriegs auseinanderzusetzen. Zeitweise führten sie im Rahmen der „Deutschen Geschichtsquellen“ zur Errichtung einer entsprechenden, im Jahr 1957 eingerichteten „Unterabteilung“. In ihrem Rahmen befaßte sich Wolfgang Steglich, am Ende der fünfziger Jahre, beispielsweise mit Forschungen zur päpstlichen Friedensvermittlung des Jahres 1917. Diese erschienen dann allerdings an anderem Ort, die „Unterabteilung“ verschwand, und der Plan Gerhard Ritters, aus den „Deutschen Geschichtsquellen“, deren Leitung er unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu übernehmen zurückgewiesen hatte, eine neu organisierte Abteilung „Neuere Geschichte“²⁹ hervorgehen zu lassen, scheiterte gleichfalls.

Wie auch immer, über die Geschichte der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ zu berichten, heißt beileibe nicht, nur vom Scheitern zu sprechen. Im Kern ihrer Arbeit ging die Pflege der Nachlässe nämlich voran – nicht so zügig wie einst während der zwanziger Jahre, aber stetig allemal. Das entsprach einer allgemeinen Tendenz, die Ludwig Dehio, seit 1946 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission, in seiner Eigenschaft als Direktor des Marburger Staatsarchivs im Jahr 1948 unter dem Titel „Erfassung von Privatpapieren als Zeugnissen einer untergehenden Gesellschaftsstruktur“ als vorrangige Aufgabe archivarischer und historiographischer Arbeit so postulierte: „Die privaten Papiere erlangen [...] im Verhältnis zu den staatlichen Akten eine weit höhere Bedeutung als bisher. [...] Über wie vieles schweigen die Akten, wo sie erhalten sind – über die Psychologie des Erlebens stets. Aber damit nicht genug. Auch die älteren privaten Papiere, die über unsere Endzeit noch gar nichts enthalten können, aber auch sonst keine bedeutenderen Erscheinungen des politischen, geistigen oder wissenschaftlichen Lebens bekunden – auch sie gewinnen eine ungeahnte Bedeutung als Überlieferung typischer Zustände und Entwicklungen, von denen uns bereits eine Kluft trennt, tiefer als die 1789 in Frankreich oder in Rußland 1917 aufgerissene“.³⁰

In den Jahren zwischen 1949 und 1961, also in der „Ära Rassow“, als nicht selten ein Stillstand der Arbeit zu beklagen war, erschienen, um vom Ertrag der Abteilungsarbeit zu berichten, insgesamt sechs Bände. Die Anregungen freilich, die gegeben, und die Arbeiten, die begonnen wurden, kamen in den folgenden Jahren und Jahrzehnten durchaus zum Tragen, wenn man sich allein

vor Augen führt, daß während dieser Dekade Grundlagen für die später unterbreiteten Editionen über Carl von Clausewitz und Karl Friedrich von Savigny, Herbert von Bismarck und Paul Graf von Hatzfeldt gelegt wurden. Zudem wurde die Historische Kommission im Jahr 1957 erstmals durch Hermann Heimpel auf Anregung und durch Vermittlung des Bundespräsidenten Theodor Heuss mit Materialien aus der Feder Kurt Riezlers, des persönlichen Sekretärs des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, befaßt: Die Erwägungen einer im Rahmen der Abteilung angesiedelten Edition beschäftigten von nun an die Debatten der Kommission. Die einschlägigen Überlegungen, die schließlich in die von Karl Dietrich Erdmann besorgte Publikation des Jahres 1972 „Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente“ einmündeten, begannen also lange vor der von Fritz Fischer mit seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ über die Ursachen und den Beginn des Ersten Weltkriegs erneut ausgelösten Kontroverse der sechziger Jahre, gewannen allerdings durch die leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung über die Julikrise 1914 eine zuvor ungeahnte Aktualität.

Im übrigen tauchten auch in diesen Jahren immer wieder neue Ideen auf, die Editionsprojekte auf der Nachlaßebene in den Blick nahmen, wurden besprochen, erschienen plausibel oder wurden verworfen, zeitigten Resultate oder verschwanden wieder: Das beschreibt über den speziellen Fall der Abteilungsarbeit hinaus gleichsam die Normalität wissenschaftlicher Tätigkeit überhaupt. Es gab freilich auch ausgesprochen unrühmliche Beispiele unvorteilhafter Mißlingens, welche die Kommission lange beschäftigten und am Ende doch zu nichts führten. So wurde bereits im Jahre 1949 eine Edition der Briefe von Ferdinand Gregorovius, der zwischen 1859 und 1872 mit einem vielbändigen, durch künstlerische Qualität der Darstellung ausgezeichneten Werk als Historiker der Stadt Rom hervorgetreten war, geplant, die Waldemar Kampf zur Bearbeitung übertragen wurde. Trotz nicht zu unterschätzender Förderung dieser Forschungen durch die Historische Kommission kam es zu keiner Veröffentlichung, so daß das Unternehmen nach mehr als einer Dekade vergeblicher Initiativen nicht weiter verfolgt worden ist.

Gleichwohl nahm die Arbeit der Abteilung insgesamt, fern der großen Entwürfe ihres Ursprungs und ungeachtet vergeblicher Anläufe in nicht wenigen Fällen, ihren ertragreichen Fortgang – beispielsweise mit dem zwischen 1954 und 1973 von Willy Andreas in drei Bänden herausgegebenen „Politischen Briefwechsel des Herzogs und Großherzogs Carl August von Weimar“, der an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert das kleine Sachsen-Weimar zum Zentrum eines vom Geist des aufgeklärten Absolutismus regierten Musterstaates machte, Johann Wolfgang von Goethe mit einem Ministeramt betraute, Johann Gottfried Herder mit der Reform des Kirchen- und Schulwesens beauftragte und Friedrich Schiller an die Universität Jena berief. Diese Veröffentlichung bietet übrigens ein Beispiel dafür, daß es nicht allein Vorhaben gegeben hat, die sich aus dem Rahmen der Abteilung gelöst haben. Dieses Mal mündete vielmehr ein ursprünglich in einer eigenständigen Organisationsein-

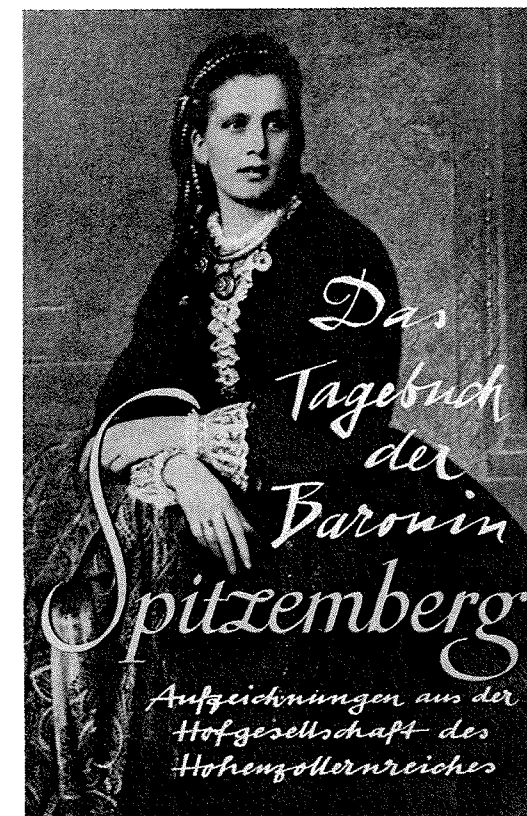


Abb. 36: Schutzumschlag der ersten Auflage von Band 43 der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“.

heit aufgehobenes Unternehmen schließlich in die „Deutschen Geschichtsquellen“ ein.

In die Kategorie von Editionen aus den Nachlässen Regierender gehören auch die 1958 von Hellmut Kretzschmar publizierten „Lebenserinnerungen“ des Königs Johann von Sachsen über die Jahre von 1801 bis 1854, der später, im Deutschen Krieg von 1866, auf seiten Österreichs gegen Preußen kämpfte und durch sein Exil große Popularität gewann. Und im Hinblick auf die Beschäftigung mit den Nachlässen von Diplomaten sind beispielsweise die von Willy Real 1981 veröffentlichten Bände aus den Beständen Karl Friedrich von Savignys zu nennen, der während der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu den engen Mitarbeitern Otto von Bismarcks gehörte und sich später als Repräsentant des Zentrums zu seinem scharfen Gegner entwickeln sollte.

Was die „Militaria“ angeht, so fanden sie, zum Beispiel durch die von Peter Rassow betreute Publikation des „Geheimen Kriegstagebuchs“ des später, 1883, zum preußischen Staats- und Kriegsminister ernannten Paul Bronsart von Schellendorf, der am Waffengang von 1870/71 als Chef der Operationsabteilung im Großen Hauptquartier teilgenommen hatte, ebenso Berücksich-

tigung wie durch die von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen besorgte Ausgabe der „Lebenserinnerungen“ von Wilhelm Groener, der am Ende des Ersten Weltkriegs als Nachfolger Ludendorffs zum Ersten Generalquartiermeister aufstieg und danach der Weimarer Republik, nicht zuletzt in führenden Ministerämtern, loyal, ja aufopferungsvoll gedient hat.

Weit über den engeren Kreis der Wissenschaft hinausgehende Beachtung fand schließlich „Das Tagebuch der Baronin Spitzemberg“, einer geborenen Frein von Varnbüler und Gattin eines württembergischen Diplomaten. Ihre „Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Hohenzollernreiches“, von Rudolf Vierhaus ediert und 1960 publiziert, wurden ein regelrechter Bucherfolg, der mehrere Auflagen erlebt hat. Für das Verständnis des Zweiten Kaiserreichs, vor allem aber der Ära Bismarck, werden dem Leser darin Einsichten zuteil, die – über die offiziellen Dokumente hinaus – einfach unverzichtbar sind, weil sie das Persönliche, das Zufällige und das Atmosphärische einer Zeit spiegeln, das sich aus der geregelten Sprache der staatlichen bzw. diplomatischen Überlieferung oftmals nicht erschließen läßt.

3. Akzeptanz und Perspektive (1961–2006)

Das Jahr 1961 markiert eine Zäsur in der Entwicklung der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“, die sich im Rückblick womöglich deutlicher darstellt, als das für die Mitglieder der Historischen Kommission zeitgenössisch der Fall gewesen sein mag. Von nun an traten die spezifischen Möglichkeiten und unübersehbaren Grenzen dieser von Beginn an irgendwie konturenlosen Einrichtung noch deutlicher zutage, als das bis dahin schon der Fall gewesen war. Die Tatsache, daß die Abteilung „ihrem Charakter nach offen“³¹ ist, zeigte sich in einer ihrer Tätigkeit und die der Historischen Kommission neu prägenden Form, als Karl Dietrich Erdmann im Oktober 1961 zum ordentlichen Mitglied des Münchener Gelehrtenvereins gewählt wurde und als Nachfolger des am 19. Mai desselben Jahres verstorbenen Peter Rassow, seines akademischen Mentors aus gemeinsamen Kölner Tagen, auch mit der Leitung der Abteilung betraut wurde.

Denn im unmittelbaren Anschluß daran setzte er sich in grundsätzlicher Art und Weise mit der Zukunft der ihm übertragenen Aufgabe auseinander und gelangte zu sehr einschneidenden, in vielerlei Hinsicht zukunftsweisenden Lösungen: „Ich möchte Ihnen heute“, schrieb er unter dem Datum des 21. Mai 1962 dem Präsidenten der Historischen Kommission, Hermann Aubin, „noch einen anderen Gedanken vortragen. Mich beschäftigt die Frage, welche Aufgabe in meiner Abteilung sinnvoll angepackt werden könnte. Es wird sich wohl noch der eine oder andere Nachlaß ergeben, den zu bearbeiten oder publizieren sich verlohnen könnte. Aber dies sind doch mehr Gelegenheitsstrefen, und es ist nicht unbedingt eine Institution wie die Historische Kommission dazu erforderlich, um Nachlässe oder Memoiren zu veröffentlichen, die

untereinander wenig Zusammenhang haben. Bei meinen Arbeiten auf dem Bundesarchiv im März und April habe ich mich intensiv mit den dortigen Aktenbeständen der Reichskanzlei, die von 1918 bis ins Dritte Reich gehen, beschäftigt. Hier läge eine große lohnende Publikationsaufgabe“.³²

Damit begann eine editorische Erfolgsgeschichte – die Herausgabe der „Reichskabinettsprotokolle“, wie die Edition der „Akten der Reichskanzlei“ vorläufig abgekürzt benannt wurde. Von Anfang an zielte Erdmann darauf ab, das neue Großunternehmen nicht im Sinne der ursprünglichen Gründungsidee der Abteilung aus dem Ersten Weltkrieg im Rahmen der „Deutschen Geschichtsquellen“ zu publizieren, sondern dafür eine eigene Abteilung zu begründen. An einem Ausbau der Nachlaßarbeit hingegen, die inzwischen längst zum Kern seiner Abteilung aufgestiegen war, hatte er kaum viel Interesse angesichts der verlockenden und vielversprechenden Fondsedition, die im Rückblick immer wieder, zu Recht, als ein „Glanzpunkt“³³ eingeschätzt wurde.

Sein entschiedenes Vorgehen fand ganz offensichtlich das Einverständnis der Mitglieder der Historischen Kommission. Mit der wegweisenden Ausgliederung dieser Aktenedition aber wurde der Abteilung, geradezu endgültig, das genommen, was sie ursprünglich zu übernehmen sich angeschickt hatte; stattdessen sah sie sich vielmehr, ganz im Sinne einer nun schon lange andauernden Entwicklung, auf die Bearbeitung der Nachlässe konzentriert, die zukünftig, zunehmend mehr, ins Zentrum ihrer Tätigkeit rückte. Ohne große Generaldebatte über den Sinn, den Zweck und vor allem die Folgen der von Erdmann vorgenommenen Sezession akzeptierte die Historische Kommission damit eine Entwicklung, die entschlossen fortsetzte, was sich längst angebahnt hatte: Die Edition großer Aktenserien gehörte augenscheinlich nicht zu den Aufgaben der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“, sondern diese wurden, wie die Beispiele der bereits erwähnten Reihen der „Großen Politik der europäischen Kabinette“, der „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik“ oder der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ zeigen, durch andere Herausgeber ediert, oder wurden, wie von jetzt an die „Akten der Reichskanzlei“, in einer eigenständigen Abteilung aufbereitet.

Gemeinsam mit dem Bundesarchiv ging Karl Dietrich Erdmann im Auftrag der Historischen Kommission an ein Unternehmen heran, für das er, ganz ohne Zweifel, federführend fungierte. Außergewöhnlich robust setzte er die zu Beginn noch umstrittene finanzielle Beteiligung der Münchener Kommission zu seinen Gunsten durch. Im Falle einer Verweigerung der erforderlichen Mittel, so ließ er den Sekretär unter dem Datum des 27. Juni 1964 auf Briefpapier des Verbandes der Historiker Deutschlands, dessen Vorsitz er damals innehatte, wissen, „würde sich daraus für mich persönlich die Konsequenz ergeben, mein Verhältnis zur Kommission zu überprüfen“.³⁴ Die Drohung fruchtete! Beinahe umgehend ersuchte der Präsident Theodor Schieder den Sekretär Karl Bosl um eine Erdmann zufriedenstellende Lösung: „Wenn wir eine neue Abteilung einrichten, müssen wir uns auch in irgendeiner Weise finanziell daran beteiligen. Prüfen Sie doch bitte, wie es um die Sache steht, damit wir in

14 Tagen darüber sprechen können. Mir liegt viel daran, daß hier eine Lösung gefunden wird, die Herrn Erdmann einigermaßen befriedigt. Sein Ausscheiden aus der Historischen Kommission wäre doch für uns ein Eklat, den man vermeiden muß“.³⁵ Die Sache entwickelte sich so, wie Erdmann es wollte. Noch einmal, im Jahr darauf nämlich, stellte er im Zusammenhang mit der Forderung nach einer finanziellen Gleichstellung der von der Historischen Kommission besoldeten Mitarbeiter mit denjenigen, die für das Editionsunternehmen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft remuneriert wurden, außerordentlich entschlossen in Aussicht, es sei „vielleicht besser, die Edition der Reichskabinettsprotokolle künftig unabhängig von der Kommission fortzuführen“.³⁶

Die Sache wurde geregelt, und das Unternehmen schritt zügig voran: Ja, die neu eingerichtete Abteilung, die Erdmann seit 1962 leitete, war in einem kaum vorstellbaren Maße erfolgreich. Allen voran von Günter Abramowski und von bis zu einem Dutzend Mitarbeitern vorangebracht, konzentrierte Erdmann sich jetzt bevorzugt auf diese Aufgabe, während er die Leitung der von ihm offensichtlich wenig geschätzten Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ bereits im Jahre 1964 an Hans Herzfeld abgab, der diese bis 1970 leiten sollte.

Ohne nennenswerte Verzögerungen, wie sie ansonsten bei solchen Großunternehmen üblich sind, erschienen in den Jahren zwischen 1968 und 1990 23 Bände der für die Weimarer Kabinette relevanten „Akten der Reichskanzlei“, die inzwischen durch die Tätigkeit einer von Maximilian Lanzinner geleiteten Abteilung auch in digitalisierter Form zur Verfügung stehen. Rechtzeitig wurde die Kommission von Erdmann seit der Mitte der siebziger Jahre zudem mit einem von Beginn an erwogenen Plan bekannt gemacht, in entsprechender Form den einschlägigen Bestand der „Akten der Reichskanzlei“ aus den dreißiger Jahren, also für die Regierung Adolf Hitlers zwischen 1933 und 1938, als die Gepflogenheit der Kabinettsitzungen zu Ende ging, fortsetzen zu lassen. Im Sinne eines Entwurfs aus der Feder von Karl Heinz Minuth³⁷ wurde das Vorhaben realisiert und die Leitung der neuen Abteilung im Jahr 1976 dem Bonner Historiker Konrad Repgen übertragen, der die erfolgreiche Arbeit im Jahre 1997 an Hans Günter Hockerts von der Universität München weitergab. Inzwischen liegen, vor allem von Friedrich Hartmannsgruber bearbeitet, vier Bände vor, die bis in das Jahr 1937 reichen: Überlegungen, das Unternehmen in gewandelter Form für die Jahre des Zweiten Weltkriegs fortzusetzen, sind mittlerweile im Gange.

Anläßlich einer Präsentation des vierten Bandes der Serie der „Akten der Reichskanzlei“ aus den dreißiger Jahren am 16. August 2005 im Informationssaal des Bundeskanzleramtes würdigte der verantwortliche Abteilungsleiter bei der „Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beim Bundeskanzler“, Ministerialdirektor Knut Nevermann, das Werk insgesamt: „Im Jahre 1964 begann die Arbeit an der Serie Weimarer Republik. Am Anfang stand die Idee des Mentors dieser Edition, des Kieler Historikers Karl Dietrich Erdmann, den Aktenbestand der Reichskanzlei – eine einzigartige Quelle zur Ge-



Abb. 37: Karl Dietrich Erdmann (1910–1990), 1962–1990 Leiter der Abteilung „Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik“.

schichte des Reichs – durch eine Fondsedition zu erschließen, sich also bei der Dokumentenauswahl auf einen Bestand zu konzentrieren. [...] Es macht die Besonderheit dieses Aktenfonds aus, daß sich in ihm die Doppelaufgabe der Reichskanzlei spiegelt: Sie besorgte nämlich gleichzeitig die Geschäfte des Reichskanzlers, sozusagen als dessen Sekretariat, und diejenigen der Reichsregierung als obersten Kollegialorgans. Neben den Protokollen der Kabinettsitzungen, von Besprechungen mit Ländervertretern und Parteiführern, neben Berichten und Entwürfen für den Kanzler enthalten die Akten der Reichskanzlei eine reichhaltige Korrespondenz mit den Reichsministerien, den Ländern, mit Verbänden, Gewerkschaften und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens. Der Bestand ist daher eine Fundgrube, und seine besondere Aussagekraft beruht gerade darin, daß er das Ineinandergreifen und die gegenseitige Bedingtheit der verschiedenen Bereiche staatlicher Tätigkeit erkennbar macht: Innen-, Außen-, Wirtschafts-, Verfassungs-, Militärpolitik. Das Ziel der Edition war demgemäß, wie Erdmann formulierte, die Politik der Weimarer Koalitionskabinette in ganzer Spannbreite und „in der Verflechtung der verschiedenen Ressortbereiche“ zu dokumentieren, oder mit anderen Worten die „Reichsregierung in Aktion“ vorzuführen“.

Und den speziellen Anlaß ins Allgemeine erweiternd, führte der Repräsentant der Bundesregierung über das Editionsgeschäft, also über den Kern der Aufgaben der Historischen Kommission, ganz grundsätzlich aus: „Der Nutzen von Quelleneditionen ist in der Fachwelt unbestritten, und er sollte es auch in der an historischer Erkenntnis interessierten Öffentlichkeit sein. An Editionen können nicht nur angehende Historiker die Kunst des kritischen Umgangs mit ihrem Urstoff, eben den Quellen, erlernen. Dokumenteneditionen ermöglichen auch die Erstorientierung und eine zielsichere Navigation in den ungeheuren Quellenmassen, wie sie namentlich die Zeitgeschichte bereithält, indem sie filtern, qualitativ verdichten, kommentieren und erschließen. Gerade die disparate Gemengelage der Themen in Fondseditionen befreit sie darüber hinaus von der Beschränkung auf nur momentan aktuelle, zeitgebundene Interessen und kann Impulse zu künftigen Fragestellungen geben, neue Forschungsfelder eröffnen – im Idealfall sogar noch für kommende Genera-

tionen, denn wie schon Goethe festgestellt hat, wird jede Generation ihre Geschichte schreiben“.³⁸

Indes, die Arbeit der Abteilung schritt insgesamt viel ertragreicher voran, als der ganz auf die Edition der „Akten der Reichskanzlei“ konzentrierte Erdmann es ursprünglich, durchaus gezielt, darf man annehmen, um für seinen Plan einer Beschäftigung mit den Reichskabinettsprotokollen Raum zu schaffen, beurteilt hatte. Er selbst behielt sich im übrigen, auch nachdem er die Verantwortung für die Leitung der Abteilung an Hans Herzfeld abgetreten hatte, zwei Editionen persönlich vor. Das war zum einen die Betreuung der von Werner Hahlweg bearbeiteten Edition über Carl von Clausewitz, die zwischen 1966 und 1990 unter dem Titel „Schriften – Aufsätze – Studien – Briefe“ in zwei Bänden und insgesamt drei Teilen erschienen ist; und das war zum anderen die bereits vorgestellte Bearbeitung des Riezler-Tagebuchs, das Anfang der siebziger Jahre als Band 48 der „Deutschen Geschichtsquellen“ vorgelegt wurde und durch die Herausgabe der Aufzeichnungen dieses engen Mitarbeiters Theobald von Bethmann Hollwegs Einblick in die Gedankenbildung des 1914 verantwortlichen Reichskanzlers gibt. Diese nicht unumstrittene Edition, deren Authentizität für gewisse Teile von Bernd Sösemann bezweifelt wurde, verstärkte, alles in allem, noch einmal den Schwerpunkt der Arbeit der „Deutschen Geschichtsquellen“, die sich auf die Erschließung und Edition der Nachlässe von Staatsmännern, Diplomaten und Militärs aus der Ära Bismarck und dem Wilhelminischen Zeitalter konzentrierte: Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang vor allem die von Walter Bußmann besorgte, 1964 erschienene Veröffentlichung der „Politischen Privatkorrespondenz“ Herbert von Bismarcks, der als Staatssekretär des Auswärtigen Amts der eigentliche Vertraute des ersten Kanzlers des Hohenzollernreiches war. Die offenkundige Intensivierung einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Kaiserreich schlug sich darüber hinaus in der Edition des „Briefwechsels“ zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld nieder, den Ernst Deuerlein im Jahr 1973 in zwei Teilen herausgegeben hat; sie dokumentierte sich ferner in der nur wenige Jahre später von Gerhard Ebel vorgelegten Veröffentlichung der „Nachgelassenen Papiere“ von „Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt“, der bis zu seinem Tod, kurz nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, zu den führenden Diplomaten und Englandexperten der Ära Bismarck und der wilhelminischen Zeit gehört hatte; sie trat schließlich zutage in der zwischen 1976 und 1983 in drei Bänden von John Röhl unterbreiteten Publikation von „Philipp Eulenburgs politischer Korrespondenz“, der über viele Jahre lang der engste Freund Kaiser Wilhelms II. gewesen war: Angesichts der editorischen Probleme, die im Zusammenhang mit der Herausgabe dieser Texte zu lösen waren, stellte der Präsident der Historischen Kommission, Theodor Schieder, bei Erscheinen des ersten Bandes mit unverkennbarer Genugtuung fest: „Es zeigt sich hier, daß quellenkritische Editionsprobleme nicht ein Monopol der Mediävistik sind“.³⁹ Und die Akzentuierung der Aus-

einandersetzung und Beschäftigung mit der Bismarckischen und Wilhelminischen Zeit, die sich nicht zuletzt im Banne der Fischer-Kontroverse vollzog, zeigte sich, last but by no means least, auch darin, daß eine mächtige Stimme der wilhelminischen Publizistik erneut zu Gehör gebracht wurde, als Bernd Sösemann die Tagebücher von Theodor Wolff aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und den Anfängen der Weimarer Republik in einer vorbildlichen Edition zugänglich machte. Staatsmänner und Diplomaten, Militärs, aber auch Gelehrte standen, neben anderen Untersuchungsgegenständen aus den knapp einundeinhalb Jahrhunderten zwischen der preußischen Reformzeit und dem Zweiten Weltkrieg, auch während der achtziger und neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses der Abteilung.

Damit ist bereits angeklungen, daß die Konzentration auf Repräsentanten des Regierungshandelns, in Aufnahme früher Tendenzen der Kommissionsarbeit, nach und nach erweitert, ja verschoben wurde. „Hielten Sie für richtig“, lautete die ebenso mahnende wie ermunternde Frage, die der Präsident mit dieser Absicht bereits am 12. Dezember 1966 an den verantwortlichen Abteilungsleiter, Hans Herzfeld, richtete, „daß wir uns einmal überlegen, in welcher Richtung wir die Geschichtsquellen weiter zu entwickeln gedenken?“⁴⁰

Theodor Schieder hatte, als er diesen Anstoß gab, zweierlei im Sinn: zum einen eine Verlagerung der Abteilungsarbeit auf die Erfassung von Gelehrtennachlässen. Empfohlen wurden im Rahmen der Kommissionsberatungen beispielsweise Editionen über Lorenz von Stein, der in der damaligen Zeit „als geistiger Gegenpol zu Marx“⁴¹ allgemeine Beachtung fand, über Gustav von Schmoller und sogar – aufgrund der Dimension des überproportional anspruchsvollen Untersuchungsgegenstandes jedoch bald schon wieder aufgegeben – über Wilhelm von Humboldt. Und zum anderen ging es dem langjährigen Präsidenten der Historischen Kommission darum, auf eine stärker systematische Disposition der Abteilung zu dringen, um „von mehr oder weniger zufälligen Angeboten fortzukommen“: „Dabei ist manches Gute herausgekommen“, räumte er über die geläufige Praxis der Kommissionsarbeit zwar ein, bemerkte jedoch im gleichen Atemzug kritisch: „auf manches hätte man aber verzichten können. Mir schwebt vor“, proponierte er ebenso vorsichtig wie vage, „daß wir irgendeinen Plan entwickeln, der unsere wichtigsten Desiderata enthält. Dabei denke ich nicht so sehr an einzelne Werke wie an ganze Kategorien (Memoiren, Nachlaß-Editionen u. ä.). Sie wissen ja, daß die Geschichtsquellen ein Fragment eines umfassenden Projektes darstellen, das eigentlich an die Seite der Monumenta Germaniae Historica hätte treten sollen. Nun kann man doch auf die Dauer auch den Torso nicht ganz dem Zufall überlassen. Schreiben Sie mir doch bitte einmal, ob Sie meine Überlegungen für richtig halten und was unter Umständen getan werden könnte“.⁴²

Die an Hans Herzfeld gerichtete Aufforderung erfuhr eine eher unbestimmte Reaktion. Zwar betonte der Abteilungsleiter die Bedeutung, welche die „Abtrennung der Publikation Erdmann“,⁴³ gemeint ist die Edition der „Akten der Reichskanzlei“, darstelle und riet in dieser Perspektive von einer

Georg von Plessen als auch die Kriegsbriefe von Moriz Freiherr von Lyncker, die während des Ersten Weltkriegs beide zum engsten Kreis des Kaisers gehörten, vermitteln bislang unbekannte Aufschlüsse über den letzten Monarchen der Hohenzollerndynastie, die angesichts der verantwortungslosen Oberflächlichkeit des „Obersten Kriegsherrn“ geradezu erschütternd wirken.

Dagegen ist ein großes, im Rahmen der Kommission immer wieder erörtertes Vorhaben im Hinblick auf Erschließung und Edition von Gelehrtennachlässen nur halb verwirklicht worden: Während die – die Jahre von 1912 bis 1945 umfassende – „wissenschaftliche Korrespondenz“ des Historikers Heinrich Ritter von Srbik, Präsident der Historischen Kommission während des Zweiten Weltkriegs, im Jahr 1988 von Jürgen Kämmerer publiziert wurde, sind die unveröffentlichten Erinnerungen des österreichischen Historikers bis heute nicht zur Publikation gelangt. Der umstrittene Text, unmittelbar nach der weltgeschichtlichen Zäsur des Jahres 1945 verfaßt, der mit Gewißheit dazu veranlassen würde, die ohnehin umstrittene Persönlichkeit Srbiks in bezug auf seine Haltung zum „Dritten Reich“ aufs neue zu thematisieren, ließ die Meinungen innerhalb der Historischen Kommission über den Sinn einer Edition des Memoirenwerks regelmäßig hin und her gehen. Letztlich ausschlaggebend dafür, daß die Edition, vorläufig jedenfalls, zurückgestellt werden mußte, war jedoch die Weigerung von seiten der Familie Srbiks, das Manuskript für eine Veröffentlichung freizugeben.

Die stattliche Zahl der seit dem Beginn der sechziger Jahre bis heute erschienenen Bände der Abteilung, insgesamt 30 an der Zahl, die für eine der Abteilung, in den letzten Jahren zumal, immer wieder attestierte Produktivität ihrer Arbeit⁴⁷ sprechen, darf freilich zweierlei Beanstandenswertes auf keinen Fall übersehen lassen: Zum einen gibt es nicht wenige Vorhaben, die über ihre Erwähnung oder Erwägung hinaus durchaus eingeleitet und vorangebracht worden sind, ohne sich schließlich als publizierter Ertrag niedergeschlagen zu haben. Solche bedauerlichen Beispiele sind, was die Geschichte des 19. Jahrhunderts angeht, die nicht zustande gekommene Edition über den Historiker Georg Gottfried Gervinus, der als einer der „Göttinger Sieben“, zeitweiliges Mitglied der Frankfurter Paulskirche und Kritiker Leopold Rankes hervorgetreten ist; und im Hinblick auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist in dieser Hinsicht die nach wie vor ausstehende Edition über einen der maßgeblichen Repräsentanten der Weimarer Außenpolitik anzumahnen, nämlich über Stresemanns Staatssekretär Carl von Schubert: Daß die Liste dessen, was in vergleichbarer Art und Weise nicht oder noch nicht vollendet wurde, damit bedauerlicherweise nicht erschöpft ist, liegt in der beispielhaften Benennung natürlicherweise aufgehoben.

Zum anderen ist ohne Zweifel zu beklagen, daß eine eher systematische und annäherungsweise umfassende Erschließung einschlägiger Nachlässe, auf die sich das Interesse der Abteilung im Grunde von Beginn an und zunehmend ausschließlich konzentriert hat, im Sinne einer überschaubaren Akzentuierung und zukunftsorientierten Arbeitsplanung unterblieben ist. Zu behe-

ben wäre das Defizit freilich nur, wenn den „Deutschen Geschichtsquellen“ dafür die Stelle eines Mitarbeiters zur Verfügung stünde. In der modifizierten Fortschreibung des 1992 großzügig beschlossenen Ausbauprogramms der Historischen Kommission wurde im Jahr 1996 eine solche Stelle vorgesehen,⁴⁸ die sich in einer planmäßigen Art und Weise dieser zentralen Aufgabe hätte widmen können: Das Vorhaben fiel freilich wie so manches andere jener von dem Präsidenten Heinrich Lutz entwickelten Konzeption einer Erweiterung und Intensivierung der Kommissionsarbeiten finanziellen Problemen zum Opfer.

Was dagegen ein sachkundiger und tatkräftiger Wissenschaftler für den Fortgang eines Projekts bedeuten kann, zeigt ein Blick auf die Geschichte eines Editionsunternehmens, das von Anfang an, charakteristisch für die Akzeptanz der in bezug auf die „Deutschen Geschichtsquellen“ seit den siebziger Jahren eingetretenen Entwicklung durch die Historische Kommission, unabhängig von der dafür ursprünglich einmal vorgesehenen Abteilung konzipiert und verwirklicht wurde – die Herausgabe der „Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954“. Wie im Falle der Edition der „Akten der Reichskanzlei“ wurde auch dieses Mal eine Zusammenarbeit mit einer anderen Institution, nämlich mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, eingeleitet, deren Tätigkeit sich allerdings insgesamt auf die fachliche Unterstützung der federführenden Historischen Kommission beschränkte. Seit den achtziger Jahren des zurückliegenden Jahrhunderts von der Kommission ins Auge gefaßt, galt es erst einmal, das schwierige Problem einer Freigabe der Materialien zu klären, deren allgemeine Relevanz über die Geschichte Bayerns hinaus für die Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu beanspruchen vermag.

In einem Meisterstück behutsamen, aber zielgerichteten Vorgehens gelang es Eberhard Weis, dem Präsidenten der Historischen Kommission, Dieter Albrecht, ihrem Sekretär, dem sodann 1991 die Leitung der neu eingerichteten Abteilung übertragen wurde, sowie Georg Kalmer, dem langjährigen und erfahrenen Geschäftsführer, von dem ebenso stillen wie beharrlichen Hintergrundwirken Rudolf Morseys durchgehend unterstützt, der nach Albrechts Tod im Jahr 2000 mit der Leitung der Abteilung betraut wurde, im Zusammenwirken mit der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unter Walter Jaroschka, die Ministerpräsidenten Strauß und Streibl für die Sache zu gewinnen, so daß die Bayerische Staatskanzlei am 21. November 1991 schließlich den Beschluß des Ministerrats vom 19. jenes Monats bekanntzumachen imstande war: „Der Ministerrat stimmt der Abgabe von Ministerratsprotokollen an das Bayer[ische] Hauptstaatsarchiv entsprechend dem Bayer[ischen] Archivgesetz – Abgabe in der Regel dreißig Jahre nach Entstehung – zu. Für die Benützung der Ministerratsprotokolle ist entsprechend dem Ministerratsbeschluß vom 16. Januar 1990 die Entscheidung des Leiters der Staatskanzlei im Einvernehmen mit dem Kabinettsmitglied, dessen Ressort für den Tagesordnungspunkt federführend war, einzuholen“.⁴⁹

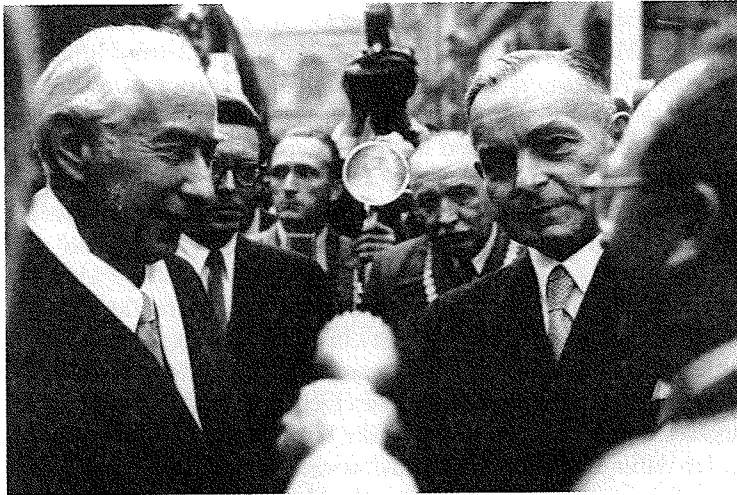


Abb. 39: Begrüßung von Bundespräsident Theodor Heuss (links) durch Ministerpräsident Hans Ehard (rechts) bei seinem Antrittsbesuch am 6. Oktober 1949 am Münchner Hauptbahnhof.

Zügig und erfolgreich vorangebracht wurde die Edition sodann durch Karl-Ulrich Gelberg. Mit der Materie engstens vertraut, legte er zwischen 1995 und 2005 fünf stattliche Bände vor, die vom ersten Nachkriegskabinett unter Ministerpräsident Schäffer aus dem Jahr 1945 bis zum Kabinett Ehard II, das bis an das Jahresende 1950 amtierte, die einschlägigen Protokolle unterbreiten. Von Ausstellungen zum Untersuchungsgegenstand begleitet, an deren Zustandekommen der Bearbeiter gleichfalls maßgeblich mitwirkte, und jeweils bei Erscheinen der Bände hochrangig, beispielsweise durch den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, der Öffentlichkeit präsentiert, fand die Edition viel, durchweg positive Resonanz.

Auch im Hinblick auf diese große Fondsedition bleibt also festzustellen, daß die Historische Kommission eine Entwicklung prinzipiell akzeptiert und schöpferisch aufgenommen hat, die sich seit Beginn der Begründung ihrer Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen“ angedeutet hatte.

Ob man die „Deutschen Geschichtsquellen“ angesichts dieser sich mehr und mehr einstellenden Einsicht in eine sich gleichsam natürlich vollziehende Entwicklung der Dinge, wie Hermann Heimpel es vor vielen Jahren getan hat, als ein „resigniertes Restunternehmen“⁴⁵⁰ eher abtun sollte, sei dahingestellt: Gewiß, wenn man die sich entfaltende Erscheinung der Abteilung nur an ihrer ursprünglichen Idee messen will, wenn man nichts anderes als den in der fiebrigen Ausnahmesituation des Ersten Weltkriegs entworfenen Plan als alleinigen Maßstab für die Gestaltung der späteren Normalität gelten lassen möchte, dann mag man leicht zu solcher Beurteilung gelangen. Schaut man freilich unter die Oberfläche in das Innere des Gesamten, betrachtet man also den Verlauf der sich mächtig vollziehenden Praxis, die sich den Gesetzen der sich

auch organisatorisch und institutionell mehr und mehr differenzierenden Geschichtswissenschaft gar nicht zu entziehen vermochte, dann wird plausibel, warum die wissenschaftliche Arbeit der „Deutschen Geschichtsquellen“ im Kern der Dinge auf das gerichtet blieb, was ihnen im übrigen seit der kühnen Gründungsaktion sowieso schon als bevorzugte Aufgabe zugewiesen war – nämlich die Auseinandersetzung mit den „Denkwürdigkeiten und Briefwechseln bedeutender Persönlichkeiten“.

Unter diesem Aspekt ist abschließend über die Perspektive der Abteilung zu sprechen, also mit einem Wort Leopold Rankes zu berichten „Von dem, was noch zu tun sei“.⁵¹ Im Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit der „Deutschen Geschichtsquellen“ steht gegenwärtig die Beschäftigung mit den Nachlässen bedeutender Gelehrter der Geschichts- und Sozialwissenschaften: Eine Edition aus dem Briefwechsel zwischen Theodor Mommsen und Friedrich Althoff, dem Althistoriker und Organisator historischer Großforschung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert und dem diese Bestrebungen nach Kräften fördernden Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium, nähert sich ihrem Abschluß. Ebendies gilt für die Herausgabe einschlägiger Unterlagen aus der Feder des Historikers Gustav Mayer, dessen editorische Auseinandersetzung mit dem Werk von Ferdinand Lassalle uns bei der Betrachtung über die Anfänge der „Deutschen Geschichtsquellen“ bereits begegnet ist.

Editionen aus den Nachlässen des Nationalökonomen und Sozialwissenschaftlers Werner Sombart, dessen Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaftsgeschichte im 20. Jahrhunderts nicht eigens zu betonen ist, sowie der Mediävisten Johannes Haller und Alexander Cartellieri, deren private Papiere weit über das Fachliche hinaus spezifische Einsichten in die problemreiche Geschichte des 20. Jahrhunderts bereithalten, befinden sich in Vorbereitung. Einer maßgeblichen Tendenz der Zeit und dem entsprechenden Gang der Forschung gemäß sollen zudem die Nachlässe bedeutender Repräsentanten des wirtschaftlichen Lebens zukünftig stärker ins Blickfeld genommen werden. Durch eine kürzlich erschienene, auf den Zeitraum des Ersten Weltkriegs bezogene Dissertation über den Geheimrat Carl Duisberg⁵², den maßgeblichen Mitbegründer des heutigen Unternehmens „Bayer AG“ in Leverkusen, angeregt, könnte es beispielsweise lohnend sein, sich editorisch einmal des ungemein reichhaltigen Briefwerks anzunehmen, das diese Ausnahmereise der deutschen Industrie der Nachwelt hinterlassen hat.

Aus dem, was dargelegt worden ist, mag hervorgegangen sein, daß die bevorzugte Aufgabe der Abteilung „Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ darin liegt, Nachlässe historischer Persönlichkeiten editorisch aufzubereiten. Eine mittelfristig angelegte Erfassung der in diesem Zusammenhang relevanten Materialien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vornehmen zu können, wäre als orientierende Perspektive dabei natürlich sehr wünschenswert: Doch ungeachtet aller Entwurfsplanung, die es selbstverständlich geben muß, bleibt gerade für die Arbeit dieser Abteilung auch ein

gewisses Finderglück bestimmend, das unverzichtbar ist. Dabei wird die Auseinandersetzung mit den Nachlässen immer von dem Gedanken geleitet, auf gar keinen Fall die großen Editionen staatlicher und öffentlicher Provenienz ersetzen oder überflüssig machen zu wollen. Vielmehr geht es darum, gerade deren unverzichtbare Erträge zu illustrieren und zu verfeinern, zu ergänzen sowie hier und da auch zu korrigieren. Denn wo die Protokollsprache eine neutrale Wendung bevorzugen muß, kann der persönliche Brief oder der Eintrag ins Tagebuch erläuternd wirken; wo die Analyse der Sache einen Gegensatz der Kontrahenten oftmals nicht zureichend zu erklären imstande ist, wird die möglicherweise dahinter stehende persönliche Spannung eben durch den Blick in das ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Schriftgut zuweilen sichtbar; wo der offizielle Text nicht selten manche Frage offenläßt, kann die atmosphärische Illustration möglicherweise zur Antwort beitragen. Insofern dienen die Editionen der „Deutschen Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts“ in besonderem Maße dem, was sich in Anlehnung an den Historiker Hermann Oncken, von 1923 bis 1928 Leiter dieser Abteilung, sinngemäß so umschreiben läßt: Das Wesen der Geschichte ist die Nuance.

¹ Historische Kommission bei der K. Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Plan eines Quellenwerkes zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 1916, 5, in: HiKo 284.

² Ebd.

³ Ebd., 9.

⁴ Protokoll über die Besprechung des Unterausschusses, 19.10.1916, in: HiKo 284.

⁵ Theodor Schieder, Organisation und Organisationen der Geschichtswissenschaft, in: FS 1983, 22–44, hier 31.

⁶ Wie Anm. 1, 9.

⁷ Ebd., 12.

⁸ Bericht über die am 30.6. und 1.7.1917 abgehaltene Beratung, in: HiKo 284.

⁹ Wie Anm. 1, 19f., sowie Vorschläge für die geplante Konferenz der vier Institute, 1.6.1917, in: HiKo 284.

¹⁰ HiKo 108.

¹¹ Wie Anm. 1, 12.

¹² HiKo 113.

¹³ Hermann Heimpel, Über Organisationsformen historischer Forschung in Deutschland, in: HZ 189 (1959), 172.

¹⁴ HiKo 284.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Schieder (wie Anm. 5), 36.

¹⁷ Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966, 147, und Walter Goetz, Die Historische Reichskommission von 1928, in: HJb 72 (1953), 545.

¹⁸ Protokoll der Vollversammlung 1928, in: HiKo 116.

¹⁹ Hermann Onckens Urteil aus dem Jahr 1935 wird zitiert bei Heiber (wie Anm. 17), 160.

²⁰ Johannes Papritz, Ludwig Dehio, in: Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen 12 (1959), Sp. 83.

²¹ HiKo 124.

²² Ebd.

²³ Niederschrift über die Sitzung der Historischen Kommission 1947, in: HiKo 125.

²⁴ Ebd.

²⁵ Bericht der Historischen Kommission seit 1944, in: HiKo 126.

²⁶ Spindler an den Leiter der Abteilung Deutsche Geschichtsquellen (wahrscheinlich Stadelmann), 31.10.1948, in: HiKo 293.

²⁷ Rassow an Fuchs (Abschrift), 12.5.1960, in: HiKo 14.

²⁸ Rassow an Aubin, 11.1.1958, in: HiKo 195.

²⁹ Protokoll der Vollversammlung (Entwurf) 1961, in: HiKo 138.

³⁰ In: Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen 1 (1948), Sp. 91.

³¹ Protokoll der Vollversammlung 1979 (Bericht des Präsidenten), in: HiKo R 57.

³² Erdmann an Aubin, 21.5.1962, in: HiKo R 83.

³³ Protokoll der Vollversammlung 1989 (Dank des Präsidenten), in: HiKo R 57.

³⁴ Erdmann an Bosl, 27.6.1964, in: HiKo R 391.

³⁵ Schieder an Bosl, 30.6.1964, in: HiKo R 391.

³⁶ Protokoll der Vollversammlung 1965 (Beitrag Erdmann), in: HiKo R 56.

³⁷ Akten der Reichskanzlei 1933–1938 (Anlage III zu den Vorberichten 1976), in: HiKo R 57.

³⁸ Eingangsstatement, in: HiKo R 395.

³⁹ Jahresbericht des Präsidenten 1977, in: HiKo R 121.

⁴⁰ Schieder an Herzfeld, 12.12.1966, in: HiKo R 365.

⁴¹ Protokoll der Vollversammlung 1962 (Beitrag Erdmann), in: HiKo R 56.

⁴² Wie Anm. 40.

⁴³ Herzfeld an Schieder, 25.1.1967, in: HiKo R 365.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Schieder an Herzfeld, 9.11.1970, in: HiKo R 120.

⁴⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30.11.2005, 16: „Sachbücher im Dezember“.

⁴⁷ Protokoll der Vollversammlung 1984 (Bericht des Präsidenten), in: HiKo R 57, sowie Bericht des Präsidenten über die Lage und Arbeit der Kommission im Jahre 1999, in: HiKo R 58.

⁴⁸ Protokoll der Vollversammlung 1996 (Anlage I), in: HiKo R 57.

⁴⁹ Bayerische Staatskanzlei (B III 3 – 481–17), 21.11.1991, in: HiKo R 397.

⁵⁰ Heimpel (wie Anm. 13).

⁵¹ Zitiert nach Franz Schnabel, Die Idee und die Erscheinung, in: FS 1958, 7–69, hier 39.

⁵² Thomas Portz, Großindustrie, Kriegszielbewegung und OHL, Siegfrieden und die deutsche Außenpolitik im Ersten Weltkrieg, Erlangen 2000.